Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 24. Mai 2012
Ausgabe 098
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› „Schummel"-Vorwurf gegen die Stadt ungerechtfertigt 3
› Öffentlichkeitsbeteiligung Gewerbegebiet ehemaliges Ausbesserungswerk Neuaubing kann starten 4
› Änderungen bei Müllabfuhr und Wertstoffhöfen an Pfingsten 5
› PlanTreff ist während der Pfingstferien geschlossen 5
› Ferienpass-Aktion „Drachenfrucht und Dattelzweig" 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› Wie setzt die Verwaltung die Förderung von Baugemeinschaften um? 7
› Gesamtschau des künstlerischen Werkes von Anita Albus 11
› Zeitplan für die Sanierungen an der Lehrer-Wirth-Schule 12

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **13**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Freitag, 25. Mai, 9.30 Uhr, Großer Sitzungssaal des Rathauses
Vorführung des Dokumentarfilms über das Tanzprojekt „Die Vier Jahreszeiten", das von Januar bis März auf Initiative der Lehrerin Lucy Engler an der Gebeleschule durchgeführt worden ist. Maik Hildebrandt, langjähriger Tänzer der Semperoper in Dresden, der inzwischen in München Fuß gefasst hat, erarbeitete in diesem Zeitraum gemeinsam mit 33 Grundschülern eine klassische Choreografie mit einigen Hip Hop-Elementen nach Vivaldis „Vier Jahreszeiten". Diese Arbeit war als Pilotprojekt konzipiert und könnte vor allem an Schulen in sozial schwächeren Gegenden weitergeführt werden – vorausgesetzt, es finden sich auch dort entsprechende Förderer und Sponsoren. Der Münchner Filmemacher Bodo Kessler hat Proben und Aufführung mit seiner Kamera begleitet. Entstanden ist ein 30-minütiger Dokumentarfilm, der nun in Anwesenheit von Oberbürgermeister Christian Ude sowie der Kinder und ihrer Lehrerin gezeigt wird.

Wiederholung
Freitag, 25. Mai, 11 Uhr, Odeonsplatz 4 (vor dem Finanzministerium)
Oberbürgermeister Christian Ude spricht auf der Protestveranstaltung „Gegen den Verkauf der GBW AG-Wohnungen an Heuschrecken" des Mietervereins München e.V. und des Deutschen Mieterbundes Landesverband Bayern e.V.

Wiederholung
Freitag, 25. Mai, 11.30 Uhr,
Gaststätte „Zum Spöckmeier", Weißwurststüberl, Rosenstraße 9
Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter stellt das Programm des Stadtgründungsfestes 2012 vor. Das Fest anlässlich des 854. Stadtgeburtstags bietet am 16. und 17. Juni in der Münchner Innenstadt ein vielseitiges Programm mit Musik und Tanz, Sport und Spiel, einem Handwerkerdorf und einem großen Kinderprogramm.
Anschließend an das Pressegespräch findet gegen 12 Uhr auf der „Grünen Insel" am Rindermarkt ein Fototermin mit bayrisch-irischen Musikanten statt.

Wiederholung
Freitag, 25. Mai, 19 Uhr, Olympiahalle
Bürgermeisterin Christine Strobl verabschiedet anlässlich der Abschlussveranstaltung die Sportlerinnen und Sportler und alle Helferin-

nen und Helfer der Special Olympics München 2012. Während der Feier wird die Fahne eingeholt und traditionell durch den Gastgeber an die Ausrichter der nächsten Spiele übergeben.

Dienstag, 29. Mai, 11 Uhr, Parzivalstraße 63
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Charlotte Heye im Namen der Stadt zum 107. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 31. Mai, 18.30 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

„Schummel"-Vorwurf gegen die Stadt ungerechtfertigt
(24.5.2012) Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Berufung einer ehemaligen Beamtenanwärterin des Freistaates Bayern abgewiesen. Im Zuge der Klage gegen den Freistaat Bayern auf Wiederholung der Zwischenprüfung hatte die bereits zweimal an der Zwischenprüfung an der Verwaltungshochschule in Hof gescheiterte Studentin auch Vorwürfe gegen die Stadt München erhoben. Die Landeshauptstadt hätte 2009 ihren Prüflingen, die die Zwischenprüfung wiederholen mussten, in einem Förderunterricht einen Vorteil verschafft. Dem hat das Gericht nun vollumfänglich widersprochen. Für die Annahme, die Ausbildungsleiterin der Stadt München habe unzulässigerweise prüfungsspezifische Informationen weitergegeben, die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Prüfungsausschusses in Bezug auf die anstehende Wiederholungsprüfung erhalten habe, gibt es, so die Richter, kein stichhaltiges Indiz.
Der 7. Senat kam in seinem Urteil zu dem Schluss, dass die Beweisaufnahme bestätigt, dass damals keine unzulässigen „Vorabinformationen" über die Prüfungsthemen von Seiten der städtischen Ausbilderinnen und Ausbilder gegeben wurden. Die Anwärterinnen und Anwärter der Landeshauptstadt seien in ihrer Prüfungsvorbereitung von ihrem Dienstherrn unterstützt worden. Sie haben in den fünf als besonders prüfungsrelevant

angesehenen Fächern Staatsrecht (insbesondere Grundrechte), Kommunalrecht, Verwaltungsrecht, Betriebswirtschaftslehre und Haushaltsrecht Unterricht erhalten, in denen ihnen im Wesentlichen unter Zuhilfenahme bereits früher geschriebener Prüfungsklausuren die für einen Prüfungserfolg notwendige „Methodik" des Klausurenschreibens und das in den genannten Fächern erforderliche Grundlagenwissen vermittelt worden sei. Dieser Förderunterricht habe den Grundsatz der Chancengleichheit aller Prüfungsteilnehmer indes deshalb nicht verletzt, weil die Stadt München damit seinen Beamtenanwärtern lediglich allgemeine und grundsätzlich allen Prüfungsteilnehmern zugängliche Hilfen und Hinweise gegeben hat. „Aus diesem Grund", so die Richter in der schriftlichen Urteilsbegründung, „ist auch der Umstand, dass am ‚Förderunterricht' ein Mitglied des Prüfungsausschusses mitgewirkt hat, im Ergebnis vom Gericht nicht zu beanstanden." Mitausschlaggebend für diese Begründung war, dass die Leiterin der Ausbildung bereits vor der Festlegung der Prüfungsklausuren durch den Prüfungsausschuss mit ihren Mitarbeitern den Förderunterricht geplant hatte.
Die Richter bestätigen in ihrem Urteil ausdrücklich die Einschätzung des Freistaates Bayern, der bereits 2009 im Zuge der Vorwürfe umfangreiche Ermittlungen durchgeführt hatte und zu dem Schluss kam, es habe sich bei den Mutmaßungen in Bezug auf einzelne Prüfungsthemen um (teilweise zutreffende) Spekulationen einzelner Prüfungsteilnehmer gehandelt. „Die Klägerin hat dies nicht begründet in Zweifel ziehen können," so das Gericht.
Dr. Angelika Beyerle, Leiterin der Rechtsabteilung im Personal- und Organisationsreferat: „Für uns war bereits 2009 erwiesen, dass die Vorwürfe gegen die Leiterin der städtischen Ausbildung lediglich spekulative Behauptungen sind. Deshalb sind wir natürlich sehr zufrieden, dass dies nun auch die Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichthof in aller Deutlichkeit und Ausführlichkeit bestätigt haben. Unangemessen fanden wir allerdings die Berichterstattung eines Reporters der „ZEIT", der ohne Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte unserer Mitarbeiterin bei voller Namensnennung mit Hilfe ungerechtfertigter Spekulationen und Andeutungen massiven Vorverurteilungen vollen Raum gab. Wir werden damit noch den Presserat beschäftigen."

Öffentlichkeitsbeteiligung Gewerbegebiet ehemaliges Ausbesserungswerk Neuaubing kann starten

(24.5.2012) In seiner gestrigen Sitzung hat der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung den für die Beteiligung der Öffentlichkeit nach Paragraph

3 Abs. 2 BauGB erforderlichen Billigungsbeschluss zu den Planungen auf dem Gelände des ehemaligen Ausbesserungswerks Neuaubing gefasst. Durch die Planung wird das ehemalige Ausbesserungswerk zu einem in Grünbereiche eingebetteten Gewerbeareal umgewandelt. Große Teile der vorhandenen Biotopstrukturen werden planungsrechtlich gesichert. Der Erhalt der denkmalgeschützten und identitätsstiftenden Gebäude kann durch die Planung auf wirtschaftlich tragbare Weise ermöglicht werden. Die großen Abstände des Gewerbes zur nächsten Wohnbebauung und eine generelle Reglementierung des Gewerbelärms sollen potenziellen Lärmbelastungen entgegenwirken. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind damit gewährleistet.
Die Erschließung der Gewerbegebiete erfolgt für Kraftfahrzeuge ausschließlich von Westen über das Gewerbegebiet Freiham. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung hat im Sommer 2010 stattgefunden, im gleichen Zeitraum wurden auch die Träger öffentlicher Belange frühzeitig gehört.

Änderungen bei Müllabfuhr und Wertstoffhöfen an Pfingsten
(24.5.2012) Aufgrund des Feiertages am Pfingstmontag, 28. Mai, leert der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) alle Restmüll, Papier- und Biotonnen, die normalerweise am Montag geleert werden, bereits am Samstag, 26. Mai. Der AWM bittet die Eigenbereitsteller von Mülltonnen daran zu denken, die Tonnen schon am Samstag bereit zu stellen.
Einen Überblick über alle Tonnenleerungstermine des ganzen Jahres in München bietet der Abfuhrkalender des AWM den die Münchnerinnen und Münchner auf der Webseite des AWM *www.awm-muenchen.de* ab-rufen können.
Die Wertstoffhöfe bleiben am Pfingstmontag geschlossen und öffnen am Dienstag, 29. Mai, erst um 10.30 Uhr.
Das Infocenter des AWM gibt unter der Telefonnummer 2 33-9 62 00 Auskunft über Tonnenleerungstermine und Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe. Auf Anfrage schickt der AWM ausgedruckte Abfuhrkalender für die gewünschten Adressen zu.

PlanTreff ist während der Pfingstferien geschlossen
(24.5.2012) Der PlanTreff – die Informationsstelle zur Stadtentwicklung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung – ist während der Pfingstferien (29. Mai bis 9. Juni) geschlossen. Kontaktiert werden kann der PlanTreff in dieser Zeit via E-Mail: plantreff@muenchen.de oder unter der Faxnummer 2 33-2 71 51.

Ferienpass-Aktion „Drachenfrucht und Dattelzweig“

(24.5.2012) Unter dem Titel „Drachenfrucht und Dattelzweig – eine Reise um die Welt“ findet für Kinder von neun bis zwölf Jahren am Mittwoch, 30. Mai, von 10 bis 14 Uhr, und am Donnerstag, 31. Mai, von 9 bis 14 Uhr im Münchner Stadtmuseum und in der Großmarkthalle eine zweitägige Ferienpass-Aktion statt. Woher kommen Stachelbeeren, Sternfrucht oder Seftali? Welchen Weg haben sie hinter sich? Am ersten Tag wird im Münchner Stadtmuseum eine Weltkarte gepuzzelt, nach exotischen Früchten aus fremden Ländern gesucht und ein eigenes Rezeptbüchlein gestaltet. Am zweiten Tag geht es dann in die Großmarkthalle zu den Händlern und es wird die Bananenreiferei besucht. Mit den erstandenen Äpfeln bedruckt jedes Kind sein eigenes T-Shirt.
Treffpunkt ist im Foyer des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1. Die Teilnahmegebühr beträgt für beide Tage 7 Euro mit Ferienpass (12 Euro ohne Ferienpass). Anmeldung erforderlich unter Telefon 23 80 52 96 oder infothek.mpz@gmx.de. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Münchner Stadtmuseum statt.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 24. Mai 2012

Wie setzt die Verwaltung die Förderung von Baugemeinschaften um?
Anfrage Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.3.2012

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 21.03.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
Mit dem „Wohnungspolitischen Handlungsprogramm Wohnen in München V – 2012-2016" hat die Stadt München die Bedeutung der Baugemeinschaften und Baugenossenschaften für das Wohnungsangebot der Stadt bekräftigt. Zur Förderung dieser Gruppen wurde deshalb unter anderem festgelegt, dass in den großen städtischen Entwicklungsgebieten 20-40% der Grundstücksflächen für Baugemeinschaften und Baugenossenschaften ausgeschrieben werden. Außerdem wurde die Möglichkeit mehrstufiger Ausschreibungsverfahren für diese Zielgruppen und die Einrichtung einer Beratungsstelle für Baugemeinschaften und Genossenschaften beschlossen.
Die nachfolgenden Fragen 1 bis 4 beziehen sich auf die am Ackermannbogen, 4. Bauabschnitt erstmalig durchgeführte Konzeptausschreibung. Die Fragen 5 bis 9 betreffen die anstehende Ausschreibung der Wohnbauflächen in der Messestadt Riem, 4. Bauabschnitt Wohnen.

Frage 1:
Werden die Auswahlkriterien der Konzeptausschreibung von Fachleuten bewertet? Wer sind diese Fachleute?

Antwort:
Die Auswahlkriterien werden von den Fachleuten der ausschreibenden Stelle des Referats für Stadtplanung und Bauordnung ausgearbeitet und die Ausschreibung wird mit dem Kommunalreferat abgestimmt. In die Auswahl und die Formulierung der Kriterien fließen die Erfahrungen aus früheren Ausschreibungen ebenso ein, wie Anregungen aus einer Reihe von Gesprächen mit Mitgliedern von Genossenschaften und Baugemeinschaften. Auch neue Formen der Ausschreibung, wie das in „Wohnen in

München V“ für Genossenschaften und Baugemeinschaften beschlossene zweistufige Verfahren, das in Kürze erstmals zur
Anwendung kommt, haben Auswirkungen auf die Auswahlkriterien. Das neue Verfahren und die angewendeten Kriterien werden dabei nicht nur vorab mit den Zielgruppen besprochen sondern auch wieder gemeinsam evaluiert. Berücksichtigt werden nur Auswahlkriterien, die sich bewerten und nachprüfen lassen und die für die Zielgruppe auch finanziell und logistisch ohne großen Aufwand zu bewältigen sind. Insoweit bedarf es für die Bewertung auch keiner Fachjury oder ähnlicher Gremien. Die Wertung der eingegangenen Bewerbungen nach den vorab festgelegten Kriterien erfolgt durch die ausschreibende Dienststelle.

Frage 2:
Wird sichergestellt, dass die Konzepte, die den Zuschlag bekommen haben, auch umgesetzt werden?

Antwort:
Die für die Auswahlentscheidung relevanten Punkte, z.B. energetischer Standard, werden in den Grundstückskaufverträgen verbindlich festgelegt, ebenso die Art des Nachweises für die Umsetzung. Die Verpflichtungen werden zudem mit Vertragsstrafen gesichert.

Frage 3:
Wenn ja, wie?

Antwort:
Die praktische Umsetzung wird während der Bauphase bzw. nach Fertigstellung durch die Fachabteilung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung kontrolliert.

Frage 4:
Wenn nicht, warum nicht? Wie könnte das geändert werden?

Antwort:
Entfällt.

Frage 5:
Warum wurde die Ausschreibung für die Baugemeinschaften im 4. Bauabschnitt Messestadt immer wieder verzögert?

Antwort:
Der in Folge der Beschlüsse des OLG Düsseldorf entstandene „Ausschreibungsstau“ hat dazu geführt, dass nach Entfall dieses Hindernisses zeitgleich eine ganze Reihe von Vergaben anstehen. Dabei mussten bzw. müssen die Grundstücke am Ackermannbogen und auf dem Gelände der ehemaligen Funkkaserne vorrangig vergeben werden, da es sich um „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“ handelt, für die vertragliche Verwertungsfristen (mit Vertragsstrafen) zwischen der Stadt München und der Bundesrepublik Deutschland bestehen.

Frage 6:
Warum wurde im 4. Bauabschnitt Messestadt zuerst für die Bauträger ausgeschrieben?

Antwort:
Begonnen wurde mit der Ausschreibung der Flächen für Bauträger, die eine große Anzahl von Eigentumswohnungen (ca. 400 Wohneinheiten) insbesondere auch im München Modell errichten werden. Angesichts des derzeit äußerst knappen Angebots von preisgünstigem Wohnraum auf dem Münchner Immobilienmarkt hatte diese Ausschreibung oberste Priorität. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass voraussichtlich im Mai 2012 die Ausschreibung großer Flächen (ca. 480 Wohneinheiten) für Genossenschaften und Baugemeinschaften im Bereich der Funkkaserne – Süd beginnen wird, so dass auch diesen Gruppen in Kürze Grundstücke angeboten werden können.

Frage 7:
Warum wurde nicht parallel ausgeschrieben?

Antwort:
Für die verschiedenen Zielgruppen (Bauträger, Baugemeinschaften und Genossenschaften) und Wohnbauarten (geförderte Miet- und Eigentumsmaßnahmen; freifinanzierter Wohnungsbau) werden bei den Grundstücksvergaben unterschiedliche Ausschreibungs- bzw. Vergabeverfahren angewendet. Für die Auswahlentscheidung werden daher auch unterschiedliche, individuell angepasste Kriterien festgesetzt. Diese Konzeptausschreibungen sind in der Vorbereitung sowie in der Durchführung aufwändig, sodass zeitlich parallel laufende Verfahren nicht immer möglich sind.
Unabhängig davon ist es aus Sicht der Stadt wichtig, Genossenschaften, Baugemeinschaften und Bauträgern ein kontinuierliches Flächenangebot zur Verfügung zu stellen.

Frage 8:
Welche Folgen hat diese Verzögerung auf die Grundstückspreise?

Antwort:
Die Ausschreibung städtischer Flächen erfolgt immer auf Basis der aktuellen, vom unabhängigen Bewertungsamt ermittelten Verkehrswerte. Wie sich die Preise in München bzw. speziell in der Messestadt Riem in den kommenden Monaten entwickeln, kann (von uns) nicht prognostiziert werden.

Frage 9:
Wie wurde mit den Baugemeinschaften kommuniziert?

Antwort:
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat gerade in den letzten beiden Jahren in verschiedenen Veranstaltungen (Jour fixe, innovativer Wohnungsbau), Gesprächsrunden (insbesondere zu Ausschreibungsverfahren), durch eine eigene Internetseite für Baugemeinschaften (mit Ankündigungen, Terminen und Hinweisen zu Ausschreibungen) bis hin zu einer speziellen Förderberatung für Baugemeinschaften „vor Ort", die sehr gut aufgenommen wurde, die Kommunikation mit den Baugemeinschaften intensiviert.
Vielen Baugemeinschaften sind die Anlaufstellen deshalb auch bereits gut bekannt und sie fragen regelmäßig vor allem per Email den Zeitplan der Ausschreibungen ab oder stellen sonstige Fragen. Nachdem der Stadtrat in „Wohnen in München V" eine eigene Ansprechstelle der Stadt für Genossenschaften und Baugemeinschaften beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung beschlossen hat, wird es künftig möglich sein, Informationsangebot und Austausch noch breiter, bedarfsgerechter und aktueller zu gestalten.

Gesamtschau des künstlerischen Werkes von Anita Albus
Anfrage Stadträtin Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 11.4.2012

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Mit Ihrer Anfrage vom 11.04.2012 möchten Sie wissen, welche Möglichkeiten das Kulturreferat für eine Ausstellung der Münchner Malerin Anita Albus sieht, die im Oktober dieses Jahres 70 Jahre alt wird.

Ihre Anfrage beantworte ich in Abstimmung mit den städtischen Museen wie folgt:

Frage:
Welche Möglichkeiten sieht das Kulturreferat der LH München für eine Gesamtschau des künstlerischen Werks von Anita Albus in München?

Antwort:
Münchner Stadtmuseum:
Das Programm des Münchner Stadtmuseum steht bereits für die nächsten Jahre, insofern kann das Münchner Stadtmuseum keine weitere Präsentation übernehmen.

Städtische Galerie im Lenbachhaus:
Die Programmplanungen für die kommenden Jahre sind in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus abgeschlossen. Insbesondere wegen der Wiedereröffnung des Hauses ist die Städtische Galerie im Lenbachhaus an eine strenge Planung gebunden.

Jüdisches Museum:
Anita Albus fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Jüdischen Museums.

Museum Villa Stuck:
Die Planungen für die kommenden Jahre sind abgeschlossen, das Museum Villa Stuck fällt jedoch auch aufgrund seiner programmatischen Zielsetzungen als Ort für eine Ausstellung mit Anita Albus weg. Das Profil hat sich seit Übernahme des Museums durch die Landeshauptstadt München geändert und wurde geschärft.

Zeitplan für die Sanierungen an der Lehrer-Wirth-Schule
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)
vom 29.3.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Herr Oberbürgermeister Ude hat das Referat für Bildung und Sport (RBS) mit der Beantwortung Ihrer Anfrage beauftragt.

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die Lehrer-Wirth-Schule in der Messestadt Riem muss – wie allgemein bekannt – aufgrund zahlreicher Bau- und Planungsmängel grundlegend saniert werden. Da die Bauarbeiten Belastungen für die Abwicklung des Schulbetriebs mit sich bringen, ist endlich eine belastbare Aussage bezüglich des Endes der jahrelangen Bauarbeiten zu treffen."

Ich darf Ihre Fragen im Einzelnen wie folgt beantworten:

Frage 1:
Bis wann ist mit einer ordnungsgemäßen Instandsetzung der Schule zu rechnen?

Antwort:
Die aktuell laufende Dachsanierung wird nach derzeitigem Kenntnisstand des Referates für Bildung und Sport im Sommer 2012 abgeschlossen werden.
Für die Ausführung und den Abschluss des dann noch offenen Gewährleistungsmangels (Pausenhof) kann derzeit keine konkrete und sichere Prognose abgegeben werden.
Die Planungen durch den hierfür zuständigen Maßnahmeträger für die Messestadt Riem, die MRG GmbH, laufen derzeit noch. Eine Umsetzung ist allerdings vor dem Jahr 2013 nicht zu erwarten.

Frage 2:
Wie sieht der terminliche Ablauf der noch ausstehenden Sanierungsarbeiten aus?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 24. Mai 2012

PPP-Modell für die 2. S-Bahn-Stammstrecke ernsthaft prüfen
Antrag Stadträte Christian Amlong, Hans Dieter Kaplan, Ingo Mittermaier und Alexander Reissl (SPD)

Neue Heimat für das Volkstheater im künftigen Kreativquartier
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Marian Offman, Hans Podiuk, Richard Quaas und Walter Zöller (CSU)

Abschluss eines Rahmenvertrags mit der ÖPP Deutschland
Antrag Stadtrat Vinzenz Zöttl (CSU)

Von der Messestadt lernen –
Modell der On-Line-Raumbörse auf ganz München übertragbar?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus –
Kosten für die Versetzung von Bäumen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Sozialbetrug durch verschwiegene Vermögenswerte in der Türkei – was unternimmt das Sozialreferat?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

Ingo Mittermaier
Stadtrat

Christian Amlong
Stadtrat

24.05.2012
SPD_-_Antrag_(1)-1.odt

PPP-Modell für die 2. S-Bahn-Stammstrecke ernsthaft prüfen

Antrag:
Die Stadtverwaltung wird beauftragt - gegebenenfalls mit Hilfe von externen Beratungsfirmen - zu prüfen, wie ein Public-Privat-Partnership-Modell (PPP-Modell) für die 2. S-Bahn-Stammstrecke aussehen könnte.

Bei der Prüfung ist darauf einzugehen, wie ein solches Modell aussehen könnte, wenn
a) die Planung und der Bau der Stammstrecke
b) die Planung und der Bau sowie der spätere Betrieb der Stammstrecke
gemeinsam von öffentlicher und privater Hand finanziert werden.

Begründung:
Durch die Prüfung soll dargelegt werden, dass eine alternative Finanzierung über PPP grundsätzlich möglich ist. Auch wenn, anders als bei Autobahn- oder Tunnelbauwerken beim PPP-Projekt im Bereich der Münchner S-Bahn keine Einnahmemöglichkeiten aus der privaten Nutzung (z. B. Mauteinnahmen) zur Verfügung stehen.

Die Aufgabenträger der Münchner S-Bahn sollen die Anwendung der alternativen Finanzierung ernsthaft in Erwägung ziehen können. Denn auch Wirtschaftsminister Zeil hat seine Bereitschaft für ein PPP-Pilotprojekt im Bereich Schieneninfrastruktur an die Adresse des Bundesverkehrsministeriums erklärt. Aktuell werden außerdem in Frankreich einige PPP-Schienenprojekte umgesetzt.

gez.	gez.	gez.	gez.
Alexander Reissl Stadtrat	Ingo Mittermaier Stadtrat	Hans Dieter Kaplan Stadtrat	Christian Amlong Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.csu-rathaus-muenchen.de

ANTRAG
24.05.2012

Neue Heimat für das Volkstheater im künftigen Kreativquartier

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, ob das Münchner Volkstheater eine neue, feste und dauerhafte Spielstätte in der Jutier- oder in der Tonnenhalle im geplanten Kreativquartier an der Dachauerstraße bekommen könnte.

Dem Stadtrat ist darzustellen, welche der beiden Hallen, die sich im Eigenbesitz der Stadt befinden, nach einem notwendigen Umbau, hinsichtlich der künstlerischen, als auch der wirtschaftlichen Aspekte geeignet ist, einen dauerhaften Spielbetrieb für das Volkstheater zu ermöglichen.

Begründung:
Das Volkstheater genießt, mit seinem Intendanten Christian Stückl, weit über München hinaus hohes Ansehen und einen hervorragenden Ruf. Die derzeitige unzulängliche Unterbringung in einer ehemaligen Turnhalle, sowie fehlende Werkstatt- und Lagerräume, wurden in der Presseberichterstattung der letzten Monate bereits vielfach kritisch gewürdigt. Die derzeitige Diskussion um die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes während der am derzeitigen Spielort notwendigen und unumgänglichen Sanierungsmaßnahmen in der Briennerstraße, zu denen sich ja auch der Intendant klar geäußert hat, macht eine schnelle und praktikable Entscheidung für das Haus notwendig. Die Lösung würde sich in Form einer dauerhaften und im Eigenbesitz der Stadt befindlichen Spielstätte im künftigen Kreativquartier an der Dachauerstraße geradezu anbieten.

Die Unterbringung des Volkstheaters in einer der beiden Hallen hat zudem den Charme, dass damit das neue Kreativquartier einen zusätzlichen Anreiz und eine deutliche Aufwertung für das kulturinteressierte Publikum in München, ja sogar bundesweit erhält. Für die dort künftig tätigen Künstlerinnen und Künstler anderer Sparten würde sich dazu ein äußerst interessantes und befruchtendes Umfeld auftun. Während des seinerzeitigen Umbaus der Kammerspiele hat der Standort als damaliges Ausweichquartier seine Theatertauglichkeit schon bewiesen.

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Initiative:
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Walter Zöller, Stadtrat
Marian Offman, Stadtrat
Beatrix Burkhardt, Stadtrat

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Vinzenz Zöttl

ANTRAG
24.05.12

Abschluss eines Rahmenvertrags mit der ÖPP Deutschland

Die Stadt München schließt einen Rahmenvertrag mit der ÖPP Deutschland AG ab, um auf deren angebotene Beratungsleistungen in Sachen ÖPP (Öffentliche-Private Partnerschaften) zugreifen zu können.

Begründung:
Die ÖPP Deutschland AG wurde 2008 durch den Bund als unabhängiges Beratungsunternehmen für öffentliche Auftraggeber zur Förderung Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) gegründet. Sie soll ausschließlich öffentliche Auftraggeber neutral über Chancen von ÖPP beraten, aber auch Grundlagenarbeit, Wissenstransfer sowie Aufbau von Know-How leisten.

2008 haben 82 Kommunen einen Rahmenvertrag abgeschlossen und können so die Beraterleistungen in Anspruch nehmen. Die Beratungsleistung wird in 2012 neu abgeschlossen und ermöglicht daher auch Kommunen wie München, die bisher noch nicht dabei waren, einen Neuabschluss.

München hat die Realisierung von Bauvorhaben als ÖPP-Projekt bereits geprüft und aufgrund seiner Prüfergebnisse verworfen. Es stehen jedoch umfangreiche Projekte in München an, die noch nicht finanziert sind. Es bietet sich daher an, den Rahmenvertrag abzuschließen, der ausdrücklich keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Dienstleistungen beinhaltet, um auf die Erfahrung der AG zurückgreifen zu können.

gez.
Vinzenz Zöttl
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter

ANTRAG
24.05.2012

Von der Messestadt lernen –
Modell der On-Line-Raumbörse auf ganz München übertragbar?

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie sich die unterschiedlichen städtischen Raumbörsen z. B. /1/ /2/ in der Praxis bewährt haben und insbesondere, ob die bürgerschaftlich betriebene neue On-Line-Raumbörse für die Messestadt www.raumpool-messestadt.de ein Modell wäre, das auch auf andere Münchner Stadtviertel übertragen werden sollte.

Begründung:
Viele öffentliche oder halb-öffentliche Räume gerade in Neubauvierteln werden von der Stadt gefördert. Eine gute Auslastung ist daher auch im Interesse der Stadt.

Die Veranstalter von www.raumpool-messestadt.de geben aber auch eine treffende Schilderung der Situation auf der Nachfrager-Seite:

„Die Situation bei der Suche nach Räumen für die eigene Feier, ein Mietertreffen, eine Mitarbeiterklausur oder eine größere Veranstaltung war bisher etwas frustrierend. Wie sehen die Räume aus? Was ist dort vorhanden? Wie viel kostet es und was sind die Konditionen? Wann sind freie Termine?... Manches Mal musste man schon Monate vorher mit der Suche beginnen und es war reine Glückssache ob man an die passenden Stellen vermittelt wurde.

Auch auf Seiten der Raumvermieter war es nicht einfach, den vielen unterschiedlichen Vorstellungen und Anforderungen gerecht zu werden und gezielt Werbung für Räume zu machen. Viele Telefonate und Besichtigungen mit Interessenten führten zu Frust und kosteten Zeit.

Das Webportal www.raumpool-messestadt.de will dabei helfen, Bedarfe und Raumangebote schneller zusammen zu bringen. Derzeit geht es noch um Veranstaltungsräume. In Zukunft werden aber auch zeitweise Vermietungen von Büroräumen, Gästezimmern, Freiflächen etc. hinzukommen.“

Ein Blick auf das Webportal /3/ zeigt, dass das Thema wirklich gut angepackt wurde. Das Beispiel sollte Schule machen.

Quelle

/1/ http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtinfos/Raumb-rse.html
/2/ www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtteilkultur/Stadtteilkulturhaeuser.html
/1/ www.raumpool-messestadt.de - eine Initiative der Wohnforum GmbH dem Nachbarschaftswerk wagnis e.V., und dem Selbsthilfezentrum München e.V., für die Messestadt

gez.

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

24.05.2012

Antrag zur dringlichen Behandlung im Bauausschuss vom 12. Juni 2012

Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus – Kosten für die Versetzung von Bäumen

Die FDP-Stadtratsfraktion beantragt den folgenden Antrag im nächsten Bauausschuss zu behandeln:
Die Verwaltung erläutert dem Stadtrat die Kosten der geplanten Versetzung von Bäumen bei der Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus. Dabei sollen die Kosten der unmittelbaren Verpflanzung dargestellt werden, ebenso aber auch zusätzliche Kosten wie beispielsweise durch Verlegung von Sparten. Außerdem stellt die Verwaltung alternativ die Kosten einer möglichen Neupflanzung von Bäumen dar.

Begründung:
Bislang wurden nur die Kosten für die reine Verpflanzung von Bäumen auf dem umgestalteten Platz der Opfer des Nationalsozialismus dargestellt. Aller Erfahrung nach fallen aber bei solchen Umpflanzungen weitere Kosten, insbesondere für die Verlegung von Sparten an. Sollte es zutreffen, dass Sparten verlegt werden müssen, die von den betreffenden Firmen nicht übernommen werden und somit den Steuerzahler belasten, muss überlegt werden, ob eine Neupflanzung die angemessenere Lösung darstellt.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
24.05.2012

Sozialbetrug durch verschwiegene Vermögenswerte in der Türkei – was unternimmt das Sozialreferat?

Unter dem Titel „Milliardenschäden durch ausländische Sozialbetrüger“ berichtete „Welt online“ am 23.05. über gigantische volkswirtschaftliche Schäden, die Deutschland und Holland jedes Jahr durch ausländische Sozialbetrüger entstehen. Das Blatt spricht von einer Summe von schätzungsweise 400 Millionen Euro pro Jahr. Hintergrund ist die Tatsache, „daß zahlreiche Ausländer Sozialhilfe beziehen, obwohl sie in ihrem Herkunftsland Immobilien besitzen“. Laut Gesetz wären die Bezieher verpflichtet, diese Immobilien zu veräußern, bevor sie ein Recht auf Sozialhilfe haben. „Es ist nach Angaben von Experten ein Phänomen, das speziell bei Türken verbreitet ist.“

Ein von „Welt online“ zitierter türkischstämmiger Rechtsanwalt beziffert anhand von Statistiken der Arbeitsagentur den Schaden, der der Bundesrepublik „infolge täuschungsbedingter Bewilligungen von Sozialleistungen“ an Menschen türkischer Herkunft entsteht, auf rund 250 Mio. Euro pro Jahr. Es sei mit 20.000 bis 25.000 Betrugsfällen wegen verschwiegener Vermögenswerte in der Türkei zu rechnen.

Während die deutschen Behörden dem Bericht zufolge „ausschließlich“ den diplomatischen Amtsweg beschreiten – der in aller Regel erfolglos ist, weil die türkischen Behörden mauern -, haben sich die holländischen Behörden jetzt für einen effizienteren Weg entschieden. Mehrere holländische Gemeinden sind inzwischen dazu übergegangen, private Vermögensforscher einzubinden und in der Türkei recherchieren zu lassen. (Zitate: „Milliardenschäden durch ausländische Sozialbetrüger“, „Welt online“, 23.05.2012). – Hier stellen sich Fragen.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Sozialhilfe in welcher Höhe wurde seit 2005 von der LHM an ausländische Bezieher ausbezahlt? (Bitte jahrweise aufführen!)

2. Sozialhilfe in welcher Höhe wurde seit 2005 von der LHM an Türken ausbezahlt? (Bitte jahrweise aufführen!)

b.w.

3. In wie vielen Fällen haben a) ausländische, b) hiervon: türkische Bezieher von Sozialhilfe die gesetzlich vorgeschriebene Veräußerung von Immobilienbesitz im Heimatland den Münchner Sozialbehörden angezeigt?

4. Inwieweit ist das Münchner Sozialreferat für das beschriebene Problem „täuschungsbedingter Bewilligungen von Sozialhilfe“ an in München lebende Ausländer sensibilisiert? Inwieweit wurden ggf. behördenintern bereits Recherchen, stichprobenartige Überprüfungen etc. vorgenommen? Mit welchem Ergebnis? Wenn nicht, warum nicht?

5. Inwieweit sieht sich das Münchner Sozialreferat ggf. jetzt, vor dem Hintergrund der zitierten Medienberichterstattung, zu Recherchen, stichprobenartigen Überprüfungen etc. im eigenen Zuständigkeitsbereich veranlaßt? Wenn nicht, warum nicht?

6. Inwieweit kann das Münchner Sozialreferat überhaupt Handlungsbedarf erkennen, was das beschriebene Problem „täuschungsbedingter Bewilligungen von Sozialhilfe“ an in München lebende Ausländer angeht?

Karl Richter
Stadtrat